

Zweite Bremer Armutskonferenz

200 Teilnehmer diskutierten über Teilhabechancen von jungen Menschen



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 2. Bremer Armutskonferenz

Zu Vorträgen und Workshops eingeladen hatte ein soziales Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, der Arbeitnehmerkammer, der Kirchen und dem DGB. Kooperationspartner waren Bremens Quartiersmanagerinnen und -manager.

„Was aus einem jungen Menschen wird, hängt davon ab, welche Möglichkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen ihm durch Familie, Schule und Nachbarschaft mitgegeben werden. Junge Menschen brauchen Perspektiven“, sagt Gerd Wenzel, Vorsitzender des Paritätischen und Sprecher des Bündnisses. Zu viele junge Menschen in Hartz IV, zu viele junge Menschen ohne Ausbildungsplatz: „Dies sind Gründe, um sich zu empören“, so Wenzel zum Auftakt der Konferenz.

„Armut ist ein bildungs- und arbeitsmarktpolitisches Thema“, sagt Hans

Jürgen Marcus, Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes Hildesheim. Derzeit habe das deutsche Bildungssystem einen stark selektiven Charakter, bei 76 Prozent der Kinder, die das Gymnasium besuchen, haben die Eltern studiert, so Marcus.

„Im Land Bremen leben 7.000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die gar keinen Berufsabschluss haben und auch nicht an irgendeinem anderen Bildungsangebot teilnehmen. Ohne einen Berufsabschluss wird jedoch schon in jungen Jahren die Gefahr vorprogrammiert, in Armut zu geraten“, sagt Regine Geraedts von der Arbeitnehmerkammer Bremen. Deshalb müsse allen Jugendlichen eine angemessene Unterstützung und Qualifizierung angeboten werden.

Aber passiert das tatsächlich? Im Jahr 2011 standen im Land Bremen noch

Wie kann man verhindern, dass immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene in Armut geraten? Wie schafft man für benachteiligte Jugendliche Wege in den Beruf? Welche Rolle spielt die offene Jugendarbeit und wie meistert man die große Herausforderung der Integration von jungen Flüchtlingen? Diese Themen diskutierten die über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der zweiten Bremer Armutskonferenz am 9. Februar 2016 im Bürgerzentrum Neue Vahr.

fast 7.800 Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, 2015 waren es lediglich 7.150. Aus diesem Grund wurde im Jahr 2013 der Ausbildungspakt „Bremer Vereinbarung“ geschlossen. Inzwischen gibt es 1.650 Jugendliche, die zwar bei der Berufsberatung der Bundesagentur registriert, aber „verloren gegangen“ sind. Über ihren Verbleib ist nichts bekannt. „Diese unbefriedigende Situation sollte durch die im Mai 2015 eröffnete Jugendberufsagentur deutlich verbessert werden, damit alle Jugendlichen auf ihrem Weg zum Berufsabschluss erfasst werden“, so Geraedts. Diese „Rechtskreise übergreifende“ Zusammenarbeit unter einem Dach funktioniere allerdings noch nicht.

Thema einer Untersuchung von Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule Ost war die Einführung einer Ausbildungsgarantie und welche Jugendlichen davon profitieren. Nach den Berechnungen der Jugendlichen haben von etwa 9.400 jungen Menschen unter 25 Jahren ca. 5.300 einen Ausbildungsplatz. 4.100 brauchen die

Ausbildungsgarantie. Problematisch sei, dass rund 75 Prozent aller Bremer Betriebe gar nicht ausbilden. „Wenn die Ausbildungsgarantie ihren Namen zu Recht tragen soll, müssen viel mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden“, so die einhellige Meinung der Schülerinnen und Schüler.

Im zweiten Teil der Konferenz konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Workshops zu Themen wie Hartz IV für Menschen unter 25 Jahren, Berufsvorbereitung an bremischen Schulen, gemeinwesenorientierte Jugendarbeit, Erziehungshilfe für junge Erwachsene mit Problemen und Integration und Ausbildung für junge Flüchtlinge diskutieren.

Große Resonanz hatte der Workshop „Irrationalität der Fördersysteme: die Sicherung des Lebensunterhalts unter den Bedingungen des SGB II“. Rund 12.000 Jugendliche im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren sind im Land Bremen auf Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch angewiesen. Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, sollten wie alle anderen Jugendlichen auch, die Möglichkeit haben, frei entscheiden zu können, wann sie aus dem Elternhaus ausziehen. Gesetzlich gibt es aber eine „Stallpflicht“ für diese Jugendlichen, die von den Jobcentern überprüft wird - sonst werden keine Wohnkosten übernommen und die Regelleistung wird gekürzt. Nur unter besonderen Bedingungen ist ein Auszug möglich, etwa bei schwerwiegenden Zerwürfnissen mit den Eltern. Die Beschränkungen bei der Übernahme der Unterkunftskosten für junge Erwachsene unter 25 Jahren im Arbeitslosengeld II gehören ersatzlos abgeschafft und es muss eine Anlaufstelle geben, die über alle Fördermöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene informiert, so die zentrale Forderung aus dem Workshop.

Von zentraler Bedeutung für Jugendliche sind (Frei-) Räume zum Treffen mit anderen Jugendlichen und um gemeinsam eigenständige Erfahrungen zu machen. Die Selbstorganisation von

Jugendlichen muss in ihrem räumlichen Umfeld - in den Quartieren und Ortsteilen - mit Vertrauen, Räumen und auch mit Geld unterstützt werden, so die zentrale Aussage im Workshop „(T)Räume im Quartier“. Erforderlich seien Angebote der offenen Jugendarbeit, durch die individuelle, soziale und kulturelle Kompetenzen von Jugendlichen gestärkt werden. „Das kann in Bremen nicht länger mit einem seit mehr als zehn Jahren „eingefrorenen“ Budget bewerkstelligt werden - bei jährlich steigenden Betriebs- und Personalkosten“, fordert Aykut Tasan, Quartiersmanager im Schweizer Viertel in Bremen Osterholz zum Abschluss des Workshops.

Im Workshop „18plus - und keine Träume mehr“ ging es um die jungen Menschen, die zwar volljährig sind, die aber keine Unterstützung aus ihrem Elternhaus bekommen. Auch für sie gilt: Sie brauchen Ansprechpersonen, Fürsprecher, niedrigschwellige Hilfen, kurz „jugendgerechte Unterstützungssysteme“.

Die Gruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat sich durch die große Zahl der Geflüchteten im letzten Jahr sprunghaft erhöht. Nach offiziellen Schätzungen leben aktuell allein in der Stadt Bremen ca. 3.200 unbegleitete (schulpflichtige) Geflüch-

tete unter 18 Jahren. Außerdem sind etwa 50 Prozent der insgesamt rund 10.700 allein im Jahr 2015 nach Bremen Geflüchteten jünger als 25 Jahre. Sie wollen gerne Deutsch lernen und sie möchten arbeiten, um ihren Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Viele von ihnen hoffen deshalb auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz. Oftmals reiche trotz hoher Motivation und praktischer Fähigkeiten die schulische Vorbereitung der Geflüchteten nicht aus, um ein Sprach- und Qualifikationsniveau zu erreichen, das für den Beginn einer Ausbildung ausreichend ist. Erste Ausbildungserfahrungen mit jugendlichen Geflüchteten zeigen, dass intensive Begleitung, Beratung Bildungsdiagnostik und professionelle Unterstützung erforderlich seien. „Das Recht für Flüchtlinge auf einen Schulabschluss unabhängig vom Alter muss eingeführt werden“, nennt René Böhme vom Institut Arbeit und Wirtschaft eine zentrale Forderung aus dem Workshop „Junge Flüchtlinge in Bremen - Schule und dann“. Wichtig seien ebenfalls ausbildungsbegleitende Deutsch- und Nachhilfe-Kurse.

Nach der Konferenz soll es weitergehen. „Wir werden die wichtigsten Forderungen zusammenfassen und mit den politischen Entscheidungsträgern in Bremen diskutieren“, so Gerd Wenzel.



Diskussion im Workshop „junge Flüchtlinge“

7. Freiwilligenbörse Aktivoli

Viele Interessenten für das ehrenamtliche Engagement

Rund 180.000 Menschen haben sich im letzten Jahr in Bremen ehrenamtlich engagiert. Seitdem sich auch in Bremen ein beeindruckendes Engagement für Geflüchtete zeigt, ist diese Zahl noch größer geworden.

Rund 1900 an ehrenamtlichem Engagement Interessierte konnten sich Anfang März auf der Aktivoli über aktuelle Möglichkeiten des Engagements aus allen Bereichen informieren. Das Spektrum war vielfältig – vom Jugendtheater über die Flüchtlingsinitiative bis zu den Suppenengeln, von der Bremer Heimstiftung bis zu Trauerland. Dorothee Paape von Verein AfJ ist zufrieden mit dem Interesse von potentiellen Freiwilligen. Sie betreut und schult in ihrem Projekt Freiwillige, die an Diabetes erkrankte Kinder und Jugendliche unterstützen. „Diese Arbeit ist anspruchsvoll, da man viel über die



Viele Interessierte informierten sich auf der diesjährigen Aktivoli

Erkrankung wissen muss. Aber sie ist sehr sinnvoll, weil sie die Kinder und ihre Familien dabei unterstützt, ein normales Leben zu führen“, so Paape. In Vorträgen, Beratungen und Workshops ging es um Erwartungen von Interessierten an das Ehrenamt und

um spezielle Zielgruppen. „Auch junge oder beeinträchtigte Menschen oder Flüchtlinge können sich bürgerschaftlich engagieren, sie brauchen aber Informationen, Unterstützung und Begleitung“, sagt Birgitt Pfeiffer von der Freiwilligenagentur Bremen.

Trendwende in der Armutsentwicklung?

Immer noch lebt fast jeder vierte Einwohner in Bremen in Armut

Der sechste bundesweite Armutsatlas, den der PARITÄTISCHE Gesamtverband im Februar vorgestellt hat, zeigt, dass Deutschland ein sozial tief gespaltenes Land ist. Obwohl die Armutsgefährdungsquote in Bremen von 24,6 Prozent im Jahr 2013 auf 24,1 Prozent im Jahr 2014 sank, kann man keine Entwarnung geben. Immer noch lebt fast jeder vierte Einwohner in Bremen in Armut. Die Bremer Quote liegt weiterhin sehr deutlich über der gesamtdeutschen Armutsgefährdungsquote von 15,4 Prozent (2014). Das Land Bremen bleibt weiterhin das Bundesland mit der höchsten Armutsgefährdungsquote. „Ob man angesichts dieser Zahlen von einer Trendwende sprechen kann, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen“, meint Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen.

Die Statistiken des Paritätischen Gesamtverbandes - basierend auf Zahlen des Mikrozensus - geben einen Überblick, in welchen Bundesländern und Regionen besonders viele sozial Benachteiligte leben. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens (Median) erreicht. Dazu zählen Menschen, die von Arbeitslosengeld II leben oder auch ein geringes Einkommen haben. 2014 lag diese Schwelle für einen Einpersonenhaushalt bei 917 Euro, bei einer Familie mit zwei Kindern bei 1.926 Euro.

Verglichen mit dem Bundesland Baden-Württemberg (11,4 Prozent) ist die Armutsquote in Bremen mehr als doppelt so hoch. Die Kluft zwischen armen und reichen Regionen wird

tiefer. Zum Beispiel hat auf der einen Seite München eine Armutsgefährdungsquote von nur 8 Prozent. Auf der anderen Seite liegt Bremerhaven mit 32,5 Prozent.

Der Paritätische beleuchtet in seinem Zahlenwerk auch besondere Risikogruppen. Das höchste Armutsrisiko von allen Haushalten zeigten danach mit 41,9 Prozent Alleinerziehende (in Bremen 53,6 Prozent). Besondere Aufmerksamkeit sollte zudem nach Ansicht des Verbandes den Rentnerinnen und Rentnern gewidmet werden. Deren Armutsquote liegt bundesweit bei 15,6 Prozent und ist seit 2005 überproportional gewachsen. In Bremen hat sie sich seit 2006 mehr als verdoppelt (von 8,9 Prozent in 2006 auf 17,9 Prozent in 2014)

Der Armutsatlas wurde in diesem Jahr erstmalig gemeinsam mit anderen Verbänden wie dem Kinderschutzbund verfasst. Diese Organisationen beschreiben sehr eindringlich die Lebenssituation von verschiedenen Zielgruppen etwa von Alleinerziehenden, von älteren Men-

schen, von wohnungslosen Menschen oder von Flüchtlingen.

Der Paritätische fordert ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Armutsbekämpfung. Neben einer deutlichen Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV seien insbesondere Reformen

des Familienlastenausgleichs und der Altersgrundsicherung erforderlich, um Armut wirksam vorzubeugen. Voraussetzung dazu sei ein rigoroser steuerpolitischer Kurswechsel, der große Vermögen und Einkommen stärker als bisher zur Finanzierung des Sozialstaats heranzieht.

Inklusion auf dem Weg

Erfolgreicher Abschluss des Martinsclub-Projektes „Inklusive Stadt Bremen“

Wie schafft man, dass „Inklusion“ - das Miteinander von allen Menschen - Realität wird? Man fängt an. „Inklusion geschieht aber nicht einfach so, sondern muss immer angeregt werden“, sagt Projektkoordinatorin Anna Bechtoldt. Sie und ihr Kollege Marco Bianchi haben das Projekt des Martinsclubs über drei Jahre geleitet. Finanziert wurde es von Aktion Mensch.

Aktiv war das Projekt an zwei Standorten. In Bremen-Kattenturm nutzte man bestehende Kooperationen, um das Kulturcafé Vielfalt zu einem lebendigen Treffpunkt für alle Anwohner zu machen. In der Stadtmitte konzentrierte man sich darauf, Rahmenbedingungen für Inklusion in Sport- und Freizeitgruppen zu untersuchen und mit Inklusionsexperten, den „Ixperten“, Gruppen und Organisationen zu unterstützen, die inklusiv arbeiten wollen.

Quartiersfeste, Ausstellungen, Infonachmittage oder einfach nur Klönschnack bei Kaffee und Kuchen: Das Kulturcafé Vielfalt am Sonnenplatz in Bremen-Kattenturm wurde in den letzten Jahren zum beliebten Treffpunkt. Eine besondere Aktivität war die Graffiti-Verschönerung des gesamten Eingangsbereiches der Wohnanlage. „Das haben Jugendliche mit und ohne Beeinträchtigungen gemeinsam gestaltet“, sagt Anna Bechtoldt.

Wie arbeitet man in heterogenen Gruppen inklusiv zusammen? Diese



Vordergrund: Ein Teilnehmer des inklusiven Graffiti-Projektes

Ein eher trister Wohnblock in Bremer Kattenturm gewann an Farbe und Lebensqualität durch das Graffiti-Projekt.

Frage wurde in einem weiteren Teilprojekt bearbeitet. Mit der „Sportsafari“, einem wöchentlichen Angebot für eine heterogene Gruppe von Grundschulkindern, wurden erlebnis- und gruppenpädagogische Methoden erprobt. Im Anschluss daran wurden verschiedene Freizeitgruppenangebote untersucht und GruppenleiterInnen und TeilnehmerInnen befragt. Zu den Leitfragen gehörten: Wie geht man mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Voraussetzungen von TeilnehmerInnen um? Wie werden Konflikte gelöst? Wie wird die Gruppenzugehörigkeit gestärkt? Ergebnisse der Untersuchung: Von großer Bedeutung sind Rituale und Regeln, die Möglichkeit der Binnendifferenzierung und Spiele

oder Angebote, die den Gruppenzusammenhalt stärken. Nachzulesen in einer Broschüre, die beim Martinsclub erhältlich ist.

Unterstützung und Sensibilisierung für das Thema Inklusion leisteten die Ixperten, ein ehrenamtliches Team von Fachleuten aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern.

Nach dem Projekt soll es weitergehen. Sowohl in Kattenturm, wo im Frühjahr 2016 ein Stadtteilbistro eröffnet wird als auch mit den Angeboten des Martinsclubs. „Wir planen mittlerweile alle unsere Freizeitangebote inklusiv und kooperieren mit vielen Partnern“, so Anna Bechtoldt.

Weitere Infos unter www.inklusive-stadt-bremen.de